

Das Volksblatt

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen

Einzelpreis 15 Pf.

Halle (Saale), Sonnabend, den 9. Februar 1946

57. Jahrgang / Nr. 34

Bildung der Einheitspartei bis zum 1. Mai

Beschlüsse der Funktionäre der SPD und KPD von Halle

Die am 8. Februar 1946 stattfindende große gemeinsame Funktionär-Sitzung, die von 1200 Genossen und Genossinnen der KPD und SPD von Halle besucht ist, anerkennt vorbehaltlos die Beschlüsse der zentralen Instanzen der KPD und SPD, die am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin zustande gekommen sind.

Dank der Aktionseinheit war es möglich, bedeutsame Erfolge auf allen Gebieten zu erreichen.

Der Aufbau neuer demokratischer Selbstverwaltungen, die volle und rasche Durchführung der demokratischen Bodenreform, die Durchführung der demokratischen Schulreform,

das Bündnis zwischen den Werktätigen der Stadt und des Dorfes,

die errungenen demokratischen Rechte und Freiheiten für die Arbeiter und Werktätigen.

Dies sind Erfolge, die nicht in den Schoß fielen, sondern nur durch gewerk-schaftliche Einheit und durch alltägliches Zusammenarbeiten der Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie der antifaschistischen Kräfte erreicht wurde. Sie sind Meilensteine auf dem Wege der Demokratisierung Deutschlands.

Durch gute kameradschaftliche Zusammenarbeit der KPD- und SPD-Leitungen wurden auftauchende Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Einheitsfront beider Arbeiterparteien immer einer Lösung zugeführt. Vieles ist bisher geschafft worden!

Wir dürfen jedoch nicht verkennen, daß noch große Aufgaben vor der Arbeiter-klasse stehen.

1946 wird das Jahr der Bewährung sein!

Die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, ist die Grundlage unserer kommenden Aufgaben.

Darauf muß unser Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Kein Quadratmeter Boden darf ungenützt bleiben.

Deshalb fordern die halleischen Funktionäre der KPD und SPD die schnellste organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Der 1. Mai 1946 muß die deutsche Arbeiterklasse unter den siegreichen roten Fahnen als geeinte Arbeiterpartei marschieren sehen.

Beschluß

Zur weiteren Vertiefung und noch besseren Weiterentwicklung der Einheit der beiden Arbeiterparteien zum endgültigen organisatorischen Zusammenschluß ist die von den beiden Provinzbezirksleitungen getroffene Vereinigung die geeignete Plattform, um das reibungslose und schnellere Zustandekommen zu gewährleisten. Unsere Aufgaben für beide Parteien sind in klarster Weise vorgezeichnet. Sie lauten:

1. Sicherung des friedlichen Aufbaues eines freien demokratischen Deutschlands und der Einheit Deutschlands überhaupt.

2. Wiedererlangung des Vertrauens der freiheitliebenden Völker.

3. Ausrottung des Faschismus in jeder Erscheinungsform.

Zu diesem Zweck wird ein „Organisations-Komitee der einheitlichen Arbeiterpartei“ aus folgenden Genossen gebildet:

Richard Fathke	Paul Lösche
Alfred Scherf	Wilhelm Gaillard
Artur Rohr	Hierich Seelig
Albert Feige	Luise Kusch
Reinhold Vetter	Otto Runge
Oskar Schonfeld	Fritz Kamm

zusätzlich:
als Vorsitzender: Otto Härtel
als Stellvertreter: Willi Bernhard.

Die beiden Parteiorganisationen behalten ihre Selbständigkeit.

Beide Parteien sind aber verpflichtet, die Beschlüsse des „Organisations-Komitees“ durchzuführen.

Die Aufgabe des „Organisations-Komitees“ ist der energische Kampf gegen alle Spalter der Einheit der Arbeiterklasse und die Herbeiführung der schnellsten Vereinigung der beiden Arbeiterparteien.

Mit aller Schärfe muß die Spaltungsarbeit des Dr. Schuhmachers in Hannover zurückgewiesen werden. Diese Spaltungsabsichten kommen nur der Reaktion zugute.

Das „Organisations-Komitee“ wird in einem besonderen Hause seine Tätigkeit ausüben.

In den Stadtteilen und Ortschaften müssen ebenfalls Organisations-Komitees auf der obengenannten Grundlage geschaffen werden.

Folgende Kommissionen werden zur Organisation der Arbeiten eingesetzt:

1. Bereinigungskommission.
2. Wirtschaftskommission (Industrie, Bergbau und Verkehr).
3. Agrarpolitische Kommission (Landwirtschaft, Ernährung).
4. Gewerkschafts- und Genossenschaftskommission einschließlich Betriebsgruppen.
5. Volksbildungskommission (Kultur- und Schulfrage).
6. Frauen- und Jugendkommission.
7. Kommunal- und Sozialpolitik.
8. Propaganda und Agitation.

Otto Härtel (KPD)

Willi Bernhard (SPD)

Die Frühjahrssaat auf deutschem Boden muß 100prozentig durchgeführt werden.

Alle Kräfte müssen mobilisiert werden, zur Hilfe für die Bauern, insbesondere zur Hilfe für die Neubauern.

Ein Volk hilft sich selbst!

Die Losung lautet:

Aufbau und Einheit für Volk und Heimat!

Dafür müssen die beiden Arbeiterparteien die Motore der Bewegung sein.

Die Reaktion ist nicht müßig, sie sammelt sich und stößt vor. Das muß und kann verhindert werden durch die Einheit der Arbeiterklasse.

Die organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ist deshalb eine zwingende geschichtliche Notwendigkeit. Jeder Spaltungsversuch muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Besonders verurteilt muß werden die Spaltungstätigkeit Dr. Schuhmachers im Westen, der die Autorität und das Ansehen des Zentralauschusses der SPD und ihrer Organisationen in unserer Zone untergräbt. Seine Tätigkeit dient nicht der Stärkung der Arbeiterbewegung, sondern der Verewigung ihrer Ohnmacht.

Das furchtbare Erbe, was wir übernehmen mußten, konnte nur gemeistert werden durch enge Zusammenarbeit und Aktionseinheit der Kommunisten und Sozialdemokraten. Sie haben das Steuer des führunglosen Schiffes in die Hand genommen und in gemeinsamer Arbeit, nimmer müde, das deutsche Volk aus dem Abgrund herausgeführt.

Diese Feststellung wurde durch den Beifall der Versammlung besonders unterstrichen. Gegenüber diesen Bestrebungen, die Spaltung aufrechtzuerhalten, galte es alle Kräfte zusammenzufassen. Die Einheit werde nicht von oben, sie müsse von unten kommen. Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an, wie es mit Recht in unseren Beschlüssen vom 21. Dezember geheißen habe. Wenn die Einheit beschlossen ist, dann wehen über allen Betrieben die roten Fahnen als Ausdruck einer revolutionären Tat. Dann bleibt die Reaktion als Klaffter unbeachtet am Wegesrande. Das sei das Ziel, das wir erstreben. Mit uns das Volk mit uns der Sieg.

Für die Kommunistische Partei referierte Genosse **Bernard Koenen**. In der Zielsetzung der beiden Arbeiterparteien gäbe es keinen Unterschied. Beide kämpfen für den Sozialismus und beide kämpfen für einen schnellen Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Unser Ziel ist es, den Sozialismus zu errichten in einem geschlossenen, einigen Deutschland. Das sei die erste Aufgabe, die wir zu lösen haben aus der Analyse der Ergebnisse seit dem vergangenen Mal. Ohne eine einheitliche geschlossene Arbeiterpartei gäbe es keinen Sieg des Sozialismus. Es galte nicht nur die Einheit des Proletariats zu schmieden, die Einheit müsse auf marxistischer Grundlage geschaffen werden. Dies sei die zweite historische Aufgabe, die im Kampfe der Gegenwart zu formulieren sei.

Der Sozialismus sei nicht zu errichten ohne ein enger und festes Bündnis aller Schaffenden in Stadt und Land. Dies sei die dritte Aufgabe, die uns gestellt worden ist. Wir müssen danach streben, alle Schaffenden, ob in der städtischen Industrie oder in den ländlichen Betrieben der Landwirtschaft zu einem einheitlichen geschlossenen Block zusammenzufassen. Erst dann, so formulierte Genosse Koenen seine vierte Forderung für den Kampf der Gegenwart, sei es möglich, eine wirklich antifaschistische Demokratie zu errichten. Die Demokratie sei die Waffe in den Händen der kämpfenden werktätigen Massen, um aus dem wirtschaftlichen und politischen Trümmerfeld der Gegenwart herauszukommen. Darum die Volksbewegung „Aufbau und Heimat“!

Allerorten versucht sich die Reaktion wieder einzunisten. Es sei die dringendste Aufgabe der städtischen Industrie, die diesen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten.

Die Einheitspartei sei der Träger des wirtschaftlichen Aufbaus. Sie trage die Verantwortung für den Aufstieg aus dem Jammer und dem Elend; das uns der Krieg hinterlassen habe. Wir nehmen unser Schicksal in die eigene Hand. Wir haben ungeheure Verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Wir haben alle Kräfte daran zu setzen, daß auch der letzte Quadratmeter Boden bearbeitet wird. Erst wenn es uns gelingt, das Ernährungs-

problem zu lösen, dann würde die antifaschistische Demokratie endgültig gesichert sein. Darum sollten die städtischen Funktionäre bis in die letzten Dörfer entsendet werden, um dort die organisatorischen Maßnahmen für die Verbreiterung unserer Ernährungsbasis durchzuführen. Deswegen die Organisation der gegenseitigen Hilfe. Hier gelte es alle Hemmnisse zu überwinden. Alle Klippen des Widerstandes müssen überwunden werden. In einheitlicher Zusammenballung aller Kräfte galte es an den Wiederaufbau in den ländlichen Gebieten heranzugehen. Dazu werden alle Kräfte benötigt. Jeder Leerlauf müsse verhindert werden. Aus diesen Gründen müsse die Zusammenballung aller proletarischen Kräfte schnellstens erfolgen. Der Wiederaufbau der Heimat sei die unmittelbare Aufgabe, die die kommende Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen habe.

Der Vorsitzende verlas danach die vorstehend wiedergegebenen Entschlüsse.

In der Diskussion sprach der Genosse Oertel von der KPD.

Genosse **Saupé** wies auf die historischen Aufgaben hin, die die deutsche Arbeiterklasse bei der nationalen Wiedererrichtung eines einheitlichen Deutschlands zu erfüllen habe.

Die Gruppen um Dr. Schuhmacher haben die historische Aufgabe, die der deutschen Arbeiterklasse im nationalen Sinne gestellt worden sind, nicht erkannt. Wenn die Einwände Schuhmachers berechtigt seien, daß eine einheitliche Sozialdemokratische Partei, geschweige denn die Einheitspartei erst errichtet werden könne, wenn die Zonenengrenzen behoben sind, dann hätten weder Lassalle, noch Bebel oder Liebknecht, was Banner der deutschen Arbeiterbewegung erheben dürfen. Damals war Deutschland zwar nicht in einzelne Zonen aufgeteilt, wohl aber war Deutschland nichts anderes als ein Konglomerat einzelner Staaten.

Die deutsche Arbeiterklasse ist die einzige Klammer für die Wiederausammenfassung der deutschen Gebiete. Die höchste Aufgabe der Einheitspartei sei es, die deutsche Arbeiterklasse für immer zu überschwinden. Nicht nur im parteipolitischen, in erster Linie im nationalen Sinne. Darum gelte nach wie vor das Wort eines der Großen im deutschen Geistesleben, Ulrich von Hutten: Der deutschen Zwietsch mitten ins Herz!

Danach wurde die oben wiedergegebenen Entschlüsse einstimmig angenommen. Mit dem Lied: „Brüder zu Sonne, zur Freiheit“ ging die erste gemeinsame Tagung der halleischen Funktionäre auseinander.

Das „Volksblatt“ lesen und weitergeben

Die Völker der Welt fordern gerechte Sühne

Rede des sowjetischen Hauptanklägers Generalleutnant E. A. Rudenko

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg, 8. Februar (SNB). In der heutigen Vormittagssitzung des Nürnberger Prozesses begann der sowjetische Hauptankläger, Generalleutnant E. A. Rudenko, seine Anklage. Er führte aus:

Die Bedeutung des Prozesses und seine rechtlichen Besonderheiten.

Meine Herren Richter! Ich beginne meine einleitende Rede, welche die ersten Reden der Hauptankläger in diesem Prozeß abschließt, mit dem Bewußtsein der gewaltigen geschichtlichen Bedeutung dieses Prozesses. Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit stößt die Gerechtigkeit in solch einem Ausmaß auf Verbrechen, die derart schwere Folgen nach sich gezogen haben. Zum ersten Male stehen vor dem Gericht Verbrecher, die sich in den Besitz eines ganzen Staates gesetzt und den Staat selbst zum Werkzeug ihres ungeheuerlichen Verbrechens gemacht hatten. Zum ersten Male schließlich richteten wir in der Person der Angeklagten nicht nur diese selbst, sondern auch die verbrecherischen Institutionen und die von ihnen geschaffenen Strukturen, die von „Menschenhaß, Theorien“ und „Ideen“, die von ihnen zur Verwirklichung längst geplanter Verbrechen gegen die Welt und die Menschheit verbreitet wurden.

Vor neun Monaten fiel Hitler-Deutschland, das im Laufe einer Reihe von Jahren eines blutigen Krieges die freilebenden Völker Europas gegen sich, unter den verächtlichen Schlägen der vereinten Streitkräfte der anglo-sowjetisch-amerikanischen Koalition. Am 8. Mai 1945 war Hitler-Deutschland gezwungen, die Waffen niederzulegen, nachdem es eine beispiellose militärische und politische Niederlage erlitten hatte.

Der Hitlerismus hat der Welt den Krieg aufgezwungen, den die freilebenden Völker ungezählte Leiden und maßlose Not gebracht hat.

Millionen von Menschen sind als Opfer des Krieges gefallen, die die Hitlerverbrecher, die von einer Unterjochung der freien Völker der demokratischen Länder der Welt zur Errichtung des Hitlerreiches in Europa und der ganzen Welt träumten, angesetzt hatten.

Der Tag ist gekommen, wo die Völker der Welt eine gerechte Sühne für die Verbrechen und eine strenge Strafe für die hitlerischen Henker fordern.

Alle Untaten der hitlerischen Hauptkriegsverbrecher, aller zusammen in jedes einzelnen, werden von ihnen, meine Herren Richter, mit aller Sorgfalt und Aufmerksamkeit, wie es das Gesetz, das Statut des internationalen Militärtribunals, die Gerechtigkeit und unser Gewissen fordern, erwogen werden.

Wir klagen die Angeklagten der Organisation, Anstiftung und unmittelbaren Ausführung eines verbrecherischen Verschwörungsplanes durch sie selbst und ihre Agenten an. Der gesamte Mechanismus des Hitlerstaates mit allen seinen Einrichtungen und Institutionen — der Armee, der Polizei, der sogenannten öffentlichen Einrichtungen, die in der Anklageschrift und insbesondere in der Anklage „B“ genau aufgeführt sind — ist in den Dienst der Durchführung dieses Planes gestellt worden.

Bevor ich zur Betrachtung der konkreten Ereignisse und Tatsachen übergehe, die den gegen die Angeklagten erhobenen Beschuldigungen als Grundlage dienen, halte ich es für notwendig, bei einigen allgemeinen Rechtsfragen, die mit diesem Prozeß im Zusammenhang stehen, zu verweilen. Das ist notwendig, weil dieser Prozeß der erste Prozeß in der Geschichte ist, in dem die Gerichtsbarkeit von einem Organ der internationalen Justiz — dem Internationalen Militärtribunal — ausgeübt wird.

Das ist auch notwendig, weil in den an das Tribunal gerichteten schriftlichen und münd-

lichen Erklärungen den Rechtsfragen eine besondere Beachtung zuteil wurde.

Das erste und allgemeinste Rechtsproblem, das nach meiner Meinung die Aufmerksamkeit des Tribunals verdient, ist das Problem der Gerechtigkeit. Die großen Demokratien, die dieses Tribunal geschaffen haben, und die Demokratien der Welt bestehen und handeln im Gegensatz zu dem System der faschistischen Tyrannei und der faschistischen Willkür auf der festen Grundlage der Gesetze. Aber die Natur der Gesetze und der Begriff des Gesetzes können im nationalen und internationalen Sinne nicht identisch sein. Das Gesetz — Lex im Sinne des nationalen Rechtes stellt einen in die gegebene Form gekleideten Akt der internationalen Gewalt des Staates dar. In der internationalen Sphäre ist die Lage eine andere. Auf internationalem Gebiet gab und gibt es keine gesetzgebenden Instanzen mit der Kompetenz, Normen festzulegen, deren Einhaltung für die einzelnen Staaten Pflicht wäre. Das Rechtsregime der internationalen Beziehungen, darunter auch der Beziehungen, die in dem koordinierten Kampf gegen das Verbrechen ihrem Ausdruck finden, beruht auf anderen rechtlichen Grundlagen. Auf internationalem Gebiet stellt der Vertrag, ein Abkommen der Staaten, die grundlegende Quelle des Rechts und den einzigen gesetzgebenden Akt dar.

Darum ist in demselben Maße wie auf nationalem Gebiet das von gesetzgebenden Kammern angenommene und entsprechend veröffentlichte Gesetz die zweifelhafte und ausreichende legale Grundlage für die Organe der internationalen Justiz, bildet auf internationalem Gebiet der zwischen Staaten abgeschlossene Vertrag die zweifelhafte und ausreichende Rechtsgrundlage für die Verwirklichung und Tätigkeit der von diesen Staaten geschaffenen Organe der internationalen Justiz.

Durch das am 8. August 1945 in London getroffene Abkommen der vier Mächte, die im Interesse aller freilebenden Völker handeln, ist zur Freiheit und Befreiung der Völker der Welt der Internationale Militärrichterspruch geschaffen worden. Das einen unantastbaren Teil dieses Abkommens darstellende Statut des Internationalen Militärtribunals ist darum ein bedingungsloses und ausreichendes Gesetz, das die Grundlagen und die Ordnung des Gerichts und der Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher festlegt.

Dies durch die Angst vor der Verantwortung oder bestenfalls durch das Unverständnis für

die rechtliche Natur der internationalen Justiz eingetauscht Berufenen auf das Prinzip: „autum erimen sine lege“ — oder das Prinzip: „Das Gesetz hat keine rückwirkende Kraft“, haben keinerlei Bedeutung infolge der grundlegenden und entscheidenden Tatsache: „Das Statut des Tribunals besteht und ist in Kraft und all seine Vorschriften haben eine bedingungslose und bindende Kraft“.

Auf der Grundlage des Artikels 6 des Statuts des Internationalen Militärtribunals ist gegen die Angeklagten die Anklage der Verbrechen gegen den Frieden, der Verbrechen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben worden. Man muß mit tiefer Befriedigung feststellen, daß das Statut des Tribunals, indem es diese Handlungen als verbrecherische erklärte, jene internationalen Grundzüge und Ideen in Rechtsnormen kleidete, die im Laufe vieler Jahre zum Schutze der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit in der Sphäre der internationalen Beziehungen gefordert wurden.

Zunächst über die verbrecherische Aggression. Im Laufe einer Reihe von Jahrzehnten brachten die an der Festigung des Friedens interessierten Völker die Idee vor und unterstützten sie, daß die Aggression den schwersten Anschlag gegen die friedlichen Beziehungen der Völker, das schwerste internationale Verbrechen darstelle.

Diese Wünsche und Forderungen der Völker fanden ihren Ausdruck in einer Reihe von Akten und Dokumenten, welche die Aggression offiziell als „internationales Verbrechen anerkennen“.

Am 27. August 1928 wurde in Paris der Briand-Kellogg-Pakt abgeschlossen. „Davon überzeugt“, verkündete der Pakt, „daß der Zeitpunkt gekommen ist, einen aufrichtigen Verzicht auf den Krieg als ein Werkzeug der nationalen Politik zu leisten... davon überzeugt, daß alle Veränderungen in ihren gegenseitigen Beziehungen mit friedlichen Mitteln erreicht werden müssen... erklären die hohen vertragschließenden Parteien feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie die Zuhilfenahme und Gebrauche des Krieges als ein Mittel zur Regelung der internationalen Streitigkeiten und auf diese in ihren gegenseitigen Beziehungen als ein Werkzeug der internationalen Politik verzichten“.

(Der Abdruck der Rede wird Montag fortgesetzt)

Einigung in der griechischen Frage

Verständigung zwischen Wyszynski und Bevin im Sicherheitsrat

Laut Mitteilungen aus London schlug der Vorsitzende Norman Makin vor, den Vorschlag der Sowjetdelegation, daß die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland Frieden und Sicherheit gefährdet, durch eine Erklärung zu erledigen.

Der sowjetische Vertreter Wyszynski gab die Erklärung ab, daß die Sowjetdelegation willens sei, nicht auf eine formelle Resolution über die Lage, die sich aus der Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland ergebe, zu drängen.

Bei diesem Zusammenritt des Rates erklärte Bevin: „meinerseits zu einer ähnlichen Geste der Versöhnung bereit, nicht auf einer formellen Resolution in bezug auf die Angelegenheit zu bestehen. Es ist auch der Wunsch meines Landes, daß der unglückliche Zwischenfall in den Beziehungen zwischen uns und der UdSSR geschlossen wird, und daß die Einheit der Aktion zwischen unseren beiden großen Staaten und zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrates als Ganzem aufrecht erhalten

und verstärkt wird.“

Bevin schloß: „Ich bin daher zufrieden, daß die von Stetinius entworfene und, von Wyszynski angenommene Erklärung in die Erklärung des Vorsitzenden ohne formelle Resolution eingefügt wird.“

Als Bevin geendet hatte und nachdem Wyszynski über seinen Wunsch, die Freundschaft zwischen Großbritannien und der UdSSR zu stärken, gesprochen hatte, erklärte Rendis, die griechische Delegation nehme den im Rate vorgeschlagenen Text an.

Wyszynski sagte zum Schluß, die Sowjetdelegation sei, getragen von dem Geiste der Zusammenarbeit, willens, den Text, wie er von Stetinius vorgebracht worden sei, anzunehmen und zu unterstützen. Sie hätte denselben Wunsch hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Vereinigten Königreich, daß die sich weiterhin stärken und entwickeln sollten im Interesse der Zusammenarbeit zwischen allen Ländern und zwischen allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, die die junge Organisation gebildet hätten.

SPD und KPD der Provinz Sachsen

Wichtige Konferenz am Freitag, dem 15. Februar 1946, 11 Uhr in Halle, August-Bebel-Haus, Kardinal-Albrecht-Straße.

Teilnehmer: Alle Kreisvorsitzenden und Sekretäre der SPD und alle 1. und 2. Sekretäre der Kreisorganisationen der KPD aus der Provinz Sachsen. Bruno Böttge, Bernhard Koenen

Die Operationen in Indonesien

Erklärung Manuilskis vor dem Sicherheitsrat

SNB. Der Sicherheitsrat beschäftigte sich mit dem Antrag der ukrainischen Delegation über die Anwesenheit britischer Truppen in Indonesien. Der Antrag führt aus: In Indonesien wurden militärische Aktionen gegen die Bevölkerung unternommen, an denen reguläre britische Truppen und japanische Verbände teilnahmen. Nach Ansicht der ukrainischen Regierung bedeutet diese Lage eine Bedrohung des Friedens. Der Leiter der ukrainischen Delegation, Manuilskij, eröffnete die Debatte und erklärte: Die Niederlage Japans habe die Indonesier erwarten lassen, daß sie nunmehr ihre Unabhängigkeit wiedererlangen würden, aber nach Japans Kapitulation ließ man japanische Truppen bis zum Eintreffen der britischen Streitkräfte für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

Mit dem Eintreffen britischer und indischer Truppen kehrte jedoch keine Ruhe in Indonesien ein. Manuilskij zitierte dann amtliche Kommunikationen und Berichte aus Londoner Zeitungen, aus denen hervorgeht, daß sich die britischen Behörden japanischer Truppen bedienten. Manuilskij stellte sich auf den Stand-

punkt, die Operationen britischer und indischer Truppen in Indonesien widersprächen zweifellos dem Artikel 35, Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen. Das britische Vorgehen widerspräche auch dem Artikel 93, wonach das Volk jedes Landes das Recht habe, seine eigene demokratische Regierungsform zu wählen.

Die ukrainische Delegation erkenne an, daß die Anwesenheit alliierter Truppen strategisch begründet sein kann. Die britischen Truppen blieben in Indonesien mit Zustimmung der Vereinten Nationen, um die Kapitulation der Japaner entgegenzunehmen und ihre Entwaffnung durchzuführen. Aber dies bedeute nicht, daß die Operationen britischer Truppen gegen die indonesische Unabhängigkeitsbewegung mit Zustimmung der Vereinten Nationen erfolgten.

Manuilskij fügte hinzu, er erhebe nicht die Forderung auf Abzug der britischen Truppen aus Indonesien, aber die ukrainische Delegation habe gute Gründe, ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Großbritannien feindliche japanische Truppen gegen die nationale Be-

wegung Indonesiens einsetze. Ein derartiges Vorgehen könne nicht zugelassen werden, ein Manuilskij erklärte abschließend: Die beste Lösung der indonesischen Frage werde in der Errichtung einer Sonderkommission bestehen, die mit der Untersuchung der Lage in Indonesien selbst und mit der Schaffung friedlicher Zustände beauftragt wird.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden erhob sich Bevin zur Antwort. Bevin sagte u. a. soweit er sehen könne, sei keine Aktion weiterhin erforderlich.

London (SNB). Dr. Bernhuber, ein ehemaliger Direktor der Reichsbank und Finanzsenatspräsident der Deutschen Wehrmacht in Italien, wurde von den Sicherheitsbehörden dem italienischen Militärgericht zur Aburteilung übergeben.

Rom (SNB). Guido Baroni, der während der Faschistenzeit Chefredakteur der Zeitungen „Popolo di Roma“, „Gazzettino“ und „Gazzetta di Venezia“ war, wurde vom Schwurgericht in Venedig in Abwesenheit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Washington (SNB). Die Unterseeboote der Vereinigten Staaten versenkten 1750 japanische Handelsschiffe und 184 japanische Kampfschiffe vom 7. Dezember 1941 (Tag von Pearl Harbour) bis zum 15. August 1945.

Kommuniké

der 36. Sitzung des Koordinierungskomitees

Am 7. Februar fand in Berlin die ordentliche Sitzung des Koordinierungskomitees unter dem Vorsitz von General Koopitz statt. Auf der Sitzung waren Armeegeneral Sokolowski, General Scars und General Robertson anwesend.

Das Koordinierungskomitee billigte die Hauptprinzipien der Instandhaltung deutscher Straßen.

Das Koordinierungskomitee nahm einen Beschluß über die freie Zulassung von Studenten einer Zone zum Studium an den Hochschulanstalten anderer Zonen an.

Es wurden einheitliche Maßnahmen, die in der Zone im Falle einer Notlandung oder einer Havarie der Flugzeuge aus anderen Zonen ergriffen werden, bestätigt.

Das Koordinierungskomitee billigte ein Dokument über die Grundzüge der Preisregelung.

Ein TASS-Dementi

Moskau (TASS). Die englische Zeitung „Yorkshire Post“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel, in dem behauptet wurde, daß die Delegation der EAM in Moskau angeblich die Sowjetregierung davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die EAM bereit sei, die Sowjetunion an der Verwaltung des Hafens Saloniki teilnehmen zu lassen. TASS ist ermächtigt, zu erklären, daß diese Meldung erfunden ist und nicht den Tatsachen entspricht.

Internationaler Gerichtshof

London (SNB). Laut Reuter wurden nach der Abstimmung sowohl im Sicherheitsrat wie auch in der Generalversammlung folgende Namen als endgültig zum internationalen Gerichtshof gewählt: Richter bekanntgegeben:

Dr. Mohu (China), Professor Sergei Borisowitsch Krylow (UdSSR), Abdul Hamid Badawi Pascha (Ägypten), Sir Arnold Mc Nair (England), Dr. J. Philadelpho de Barros Azevedo (Brasilien), Dr. Isidor Fabela Alfaro (Mexiko), Green H. Hackworth (USA), Jozsffyoad (Kanada), Alejandro Alvarez (Chile), Dr. Jose Gustavo Guerrero (El Salvador), Dr. Charles de Visser (Belgien), Professor Jules Basdevant (Frankreich), und Dr. Milovan Zeric (Jugoslawien).

Zwei Sitze zum Internationalen Gerichtshof bleiben noch zu besetzen.

Im zweiten Wahlgang für die verbleibenden beiden Richter des Internationalen Gerichtshofes wählte der Sicherheitsrat heute nachmittags Bogdan Winjowski (Polen), der sieben Stimmen erhielt. Der nächste Kandidat für den 15. Sitz, Dr. Helge Klæsstad (Norwegen), erhielt fünf Stimmen, die nicht genügen, um ihn zu wählen. Die Wahl wird fortgesetzt.

Das Defizit im französischen Budget

Paris (SNB). Wie die Agentur France-Press meldet, gab der Minister für Volkswirtschaft und Finanzen André Philippe einen Kommentar darüber ab, wie man das Defizit im Budget, welches sich auf 320 Milliarden beläuft, zum Teil herabzusetzen beabsichtigt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden eine Herabminderung des Defizits um 170 Milliarden ermöglichen. Diese Summe würde sich wie folgt verteilen:

1. Erhöhung der Steuereinnahmen um 38 Milliarden. Diese Erhöhung soll sich auf direkte Einfahren, Gewinne von Industrie und Handel, gewöhnliche Steuern, gewöhnlichen Verbrauch von Mobilien usw., indirekte Steuern, Abgaben aus Alkohol und Tabak, Brennstoffsteuern, Produktionssteuern usw. erstrecken.

2. Einstellung von Subventionen: 47 Milliarden (für die Kohle 33 Milliarden und für die Einfuhr von Produkten wie Zinn und Zink 6 Milliarden).

3. Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise: 7 Milliarden.

4. Herabsetzung der zivilen und militärischen Ausgaben: 65 Milliarden.

Um die demokratische Front in Japan

Tojohara (Sachalin) (TASS). Nach Berichten aus Japan nimmt die Bewegung zur Organisation der demokratischen Front in Japan immer mehr an Volkstümlichkeit zu. In den Städten bilden sich Komitees zur Hilfe für die Schaffung der demokratischen Front. Die demokratischen Organisationen Tokios veranstalten eine Versammlung, mehrere tausend Personen bewohnen. Sie gestattete sich zu einer Massenkundgebung für die Schaffung einer demokratischen Einheitsfront für den Kampf gegen die Reaktion.

Parallel dazu dauern die Versuche, eine antikommunistische Bewegung ins Leben zu rufen, immer noch an. Zum Beispiel gab Jiro Osai, ein Vertreter industrieller Kreise Oskas, seine Absicht bekannt, eine „Antikommunistische Liga“ zu bilden.

Die Frage der Staatsform wird von Presse und Bevölkerung immer häufiger besprochen. Der Sekretär des Zentralexekutivkomitees der Sozialistischen Partei, Iwasabou Takano, fordert die Ausrufung der demokratischen Republik, in deren Spitze ein gewählter Präsident stehen soll.

Argentinien und die UNO

London (SNB). Nach einem Bericht der Associated Press forderte Gregorio Berman, der die Internationale Liga für Menschenrechte vertritt, den Sozial- und Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen in einem Gesuch auf, die Beschuldigungen der Liga zu untersuchen, wonach die bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte durch die argentinische Regierung verletzt worden seien.

Der Rat wird aufgefordert, den Vereinten Nationen eine Aktion zu empfehlen, falls die Beschuldigungen als wahr erwiesen werden sollten.

Verlag und Druck: „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-gesellschaft, Halle, G. Brauhausstr. 16/17, Tel. Nr. 7691, Chefredakteur Hugo Sauppe, Anschrift der Redaktion: Halle-S., G. Brauhausstr. 16/17, Telefon Nr. 7691 und 246 00, Redaktionsschluss 22 Uhr.

© - 68 199

Gemeinsame Funktionärsitzung

KPD - SPD für den Saalkreis
Am Sonntag, dem 10. Februar, 9 Uhr, findet im „Volkspark“ in Halle eine gemeinsame Funktionärsitzung der KPD und SPD Saalkreis statt.

Abgabe von Speck

Wie das Amt für Handel und Versorgung in den „Ämlichen Mitteilungen“ bekanntmacht, werden auf die 10 Klein-Fettabschnitte über je 5 Gramm von insgesamt 50 Gramm der Dekade II der Lebensmittelkarten „Februar 1946“ der Stadt Halle 50 Gramm Speck ausgeben. Der Speck ist in den Fleischereien erhältlich.

Südtliche Sportplätze gesperrt

Infolge der Witterungseinflüsse auf dem südtlichen Sportplätzen sind diese morgen, Sonntag, für den gesamten Sport gesperrt. Diese Sperre gilt nicht für den Saalkreis.

Die Erfassung der Körperversehrten

Wie bereits berichtet, sollen alle Körperversehrten auf dem schnellsten Wege erfasst werden. Sie müssen sich zu diesem Zweck von ihrem behandelnden Arzt oder einem Facharzt untersuchen lassen, der einen Fragebogen (I) auszufüllen hat. Die Fragebogen sind beim Bürgermeister der Wohngemeinde abzufordern. Dem Arzt sind vorhandene Krankenpapiere oder Nachweise vorzulegen. Gleichzeitig ist dem Arzt ein Freiformschlag, der an das Gesundheitsamt des Saalkreises in Halle zu richten ist, zu übergeben. Der Arzt hat den ausgefüllten Fragebogen an das Gesundheitsamt des Saalkreises in Halle bis 18. Februar einzusenden.

Zu Körperversehrten rechnen: Opfer des Paschismus, Kriegsversehrte, einschl. Bombenkörperversehrte, Unfallversehrte.

Aufführungsbeginn „Glückliche Reise“ vorverlegt. Die Aufführung der Operette „Glückliche Reise“, morgen, Sonntag, beginnt bereits um 13.30 Uhr. Abends, 18.30 Uhr, findet die Neuaufführung von Tschalkowsky's Oper „Eugen Onegin“ unter der musikalischen Leitung von Hanna Epstein statt.

Zweiter hallischer Brückensprenger gefaßt

„Auf ein paar Wohnhäuser mehr oder weniger kommt es nicht an...“

Den Bemühungen der hallischen Polizei ist es gelungen, nennmehr einen zweiten Brückensprenger ausfindig zu machen. Es handelt sich hierbei um den früheren Oberleutnant Gruschka, der bei der Provinzialverwaltung als Angestellter Unterschlußpfand gehalten hatte. Gruschka die Sprengung durchzuführen. Auf den Hinweis eines Obermeisters des Gaswerkes, daß die sinnlose Sprengung schwere Folgen für das Gaswerk und für die umliegenden Wohnhäuser habe, fand der „Herr Oberleutnant“ nur die Worte: „Wenn jetzt so viele Häuser in Trümmern gehen, dann kommt es auf ein paar mehr oder weniger nicht an.“

Die Brücke wurde also in die Luft gepulvert, und tatsächlich erlitten der Gasbehälter des Gaswerkes und die Hauptzuführungleitung in die Stadt sowie die angrenzenden Wohnhäuser so schwere Beschädigungen, daß sie erst nach einem Vierteljahr wieder instandgesetzt werden konnten. Sogar auf der andern Seite der Saale, am alten Elektrizitätswerk, wurden durch die Sprengung starke Schäden angebracht. Wie gründlich Gruschka in seiner Vorbereitung für die Sprengung der Brücke vorgegangen ist, kann man daran ermesen, daß er vierzehn Blindgängerbomben im Gewicht von je 250 Kilogramm zusammenkoppeln ließ und mit dieser Ladung die Brücke in die Luft jagte.

150000 Bücher kehrten heim

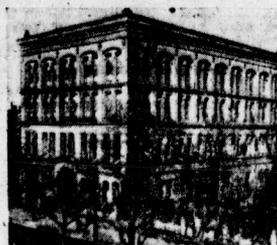
Wieder Leihverkehr bei Halles Universitätsbibliothek

In den nächsten Tagen wird die Universitätsbibliothek Halles wieder ihren Bücherleihverkehr aufnehmen und damit zum Semesterbeginn den Studierenden das Vorlesungen noch unterstützende geistige Rüstzeug geben.

Halles Universitätsbibliothek, die insgesamt an 550000 Bände faßt, vermag zur Zeit noch nicht mit diesem vollen Bestand auf dem Plan zu erscheinen. Vorrücklich waren an verschiedenen Plätzen Mitteleuropas etwa 300000 Bände ausgelagert worden. Von den erst rund 150000, wie wir von Direktor Weißborn hörten, wieder heimgekehrt sind. Die Herbeischaffung dieser Bücher hängt mit der Transportfrage zusammen. Kunstwissenschaftlichen und pädagogischen Schrifttum ist z. B. noch nicht zurückgekehrt.

Wie ist überhaupt die Struktur der hallischen Universitätsbibliothek? Sämtliche Fakultäten sind vertreten, vor allem bedeutsam ist das theologische Schrifttum, ferner die klassische Philologie, die Sprachwissenschaften und Philosophie, während die Naturwissenschaften, Technik und Medizin schwächer vertreten sind. (Eine Ergänzung finden die Bestände der Universitätsbibliothek noch durch die verschiedenen Institutsbibliotheken). Durch die Verschmelzung der Universität Wittenberg mit der im Jahre 1817 der hallischen Universitätsbibliothek auch von dort wichtige Schriftumsbestände zugeführt worden. Es sei nur an die von Ponikawsche Spezialsammlung erinnert, die mit ihren Orts- und Familiengeschichten in der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen weitvolles Material enthält. Daß die hallische Universitätsbibliothek um ein möglichst vollständiges Schrifttum der großen Persönlichkeiten der Provinz bemüht war, ist ja selbstverständlich, es sei nur an die Handeldliteratur erinnert.

Die 2248 Handschriften der Universitätsbibliothek umfassen 224 abendländische, die aus dem Mittelalter oder aus der Zeit vor 1600 stammen. Da gibt es handschriftliche Dokumente von Horaz und Seneca, wie es Briefe von Luther, Melancthon, Kant und Leibniz oder Briefe Friedrich Wilhelms I. an den hallischen Medizinprofessor Friedrich Hoffmann gibt. Handschriften kirchensächlichen Natur sind ebenso interessant wie die hallischen Sachsenspiegelhandschriften oder die



Das seit langem nicht mehr ausreichte Universitätsgebäude in der August-Bebel-Strasse

historischen Handschriften, Chroniken aus dem 16. und 17. Jahrhundert, wie sie hier von Braunschweig, Erfurt, Magdeburg, Merseburg, Sitt Naumburg, Zeitz, Quedlinburg, Querfurt, um nur einige Beispiele zu nennen, vorliegen.

Im Besitz der Bibliothek ist eine handschriftliche Beschreibung des Unterganges von Konstantinopel (1453), und sie verfügt über auf Pergament geschriebene Geschäftsanweisungen des Dogen Venedigs (16. Jahrhundert) und über Berichte venezianischer Gesandter an europäischen Höfen, die an den Dogen gerichtet wurden. Bände spanischer Inquisitionskarten, Dokumente des Grauens, verwandt jenen Unmenslichkeiten, die in den KZ des Dritten Reiches begangen wurden, sollen der Bibliotheksbesitz nicht unwürdig bleiben. Aber auch Handschriften jüngerer Datums sind von großem Reiz: so z. B. eines „Logbook“ von James Cooks Weltumsegelung, das von Professor Reinhold Forster, dem Begleiter Cooks, Halle geschickt wurde, oder die Rundschreiben, die der hallische Philosoph Christian Wolff erließ, oder die Kollegenschreiben, die von Kants und Fichtes Kollegs erhalten blieben.

Es ist ein besonderes Verdienst, daß derartige Bibliotheksschätze vor den Gefahren des Bombenkrieges geborgen wurden, und damit der wissenschaftlichen akademischen Jugend dieser Generation und künftiger erhalten blieben. Die Universität Halle darf dankbar sein, daß ihr die Verluste, die anderen Hochschulen durch die Einbuße ihrer Universitätsbibliotheken erwachsen sind, erspart blieben. Dr. M.

Wichtige Fahrplanänderungen

Ab 3. 2. verkehren bis auf weiteres täglich zwischen Halle und Sangerhausen die Personenzüge in folgendem Plan: P 589 Sangerhausen ab 12.10, Halle an 13.22, P 584 Halle ab 22.48, Sangerhausen an 01.01 und zwischen Teutschenthal und Salzmulde Güterzug mit Personenbeförderung wegen Sonntagsarbeit der Burbach Kallwerke AG. Krügershall in Teutschenthal.

Ab 6. 2. verkehrt der Personenzug von Halle ab 10.50 Uhr bis Leipzig Hbf. an 11.48 Uhr - also durchweg 10 Minuten früher.

Ab 11. 2. treten auf den Strecken Wittenberg-Falkenberg und Jüterbog-Falkenberg folgende Fahrplanänderungen ein: Personenzug von Wittenberg (ab 8.10 Uhr) bis Falkenberg (an 9.30 Uhr) durchweg 55 Minuten früher. Personenzug Falkenberg (ab 14.35) bis Wittenberg (an 16 Uhr) durchweg 25 Minuten später, und Personenzug von Jüterbog (ab 13.10 Uhr) bis Falkenberg (an 14.28 Uhr) durchweg 5 Minuten früher.

Ab Sonabend, den 9. 2. verkehren wieder die Personenzüge 2499 und 2502 werktags zwischen Halle und Falkenberg. Abfahrt Halle 10.25 Uhr, Falkenberg an 13.08 Uhr, Falkenberg ab 13.40 Uhr, Halle an 16.40 Uhr. Die Dienst-schweilige Halle-Kottbus und zurück verkehren nach wie vor Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.

Reichsbahndirektion Halle

Konzert in der Marktkirche

Die „Baubühne Roter Turm“ veranstaltet am Sonntag, dem 10. Februar, um 16 Uhr, zum Besten des Wiederaufbaus hallischer Kulturstätten ein Konzert in der Marktkirche. Hier Wichmann singt „Kleines geistliches Konzert“ von Schulz, die Arie für Baß aus der Kantate Nr. 117 von Joh. Seb. Bach und trägt zwei Gesänge von Brahms und Wolf vor. Herr Bohndorf bricht einen Violoncellen IV (D-dur) von Händel und das Adagio für Violine aus dem Konzert A-dur von Mozart. Unter Herr Rablins bewährten Händen werden die „Cantilena Angelica fortuna“ (Thema und 4 Variationen) von Scheidt, die „Toccata“ (sog. „Dorische“) und die Fuge d-moll von Joh. Seb. Bach und die „Phantasie und Fuge c-moll“ von Phil. E. Bach erklingen. Das Konzert verspricht einen vorzüglichen Genuß. Die Bewohner der Stadt Halle werden gebeten, durch Besuch des Konzertes die Bestrebungen der „Baubühne Roter Turm“ zu unterstützen. B.

Der Rattenfänger von Hameln

Unter diesem Titel veranstaltete der Jugend-ausschuß Halle, Stadtteil Süd, schon zum zweiten Male für die Kleinen und Kleinsten einen Kasperle-Vormittag im „Landhaus“, Merseburger Straße. Erwartungsvoll saßen die Kinder und lauschten den Rattenfänger, der den Kindern die Geschichte des Rattenfängers erzählte. Dann sahen die Kinder „Kasperl und der Polizist, Kasperl fährt nach Ostindien, Kasperl kammt mit dem Teufel und zum Kasperl und der Galgen“. Tiefbedrückt zogen die Kinder nach Hause.

Es geht aufwärts in Ammendorf

Die Stadtverwaltung Ammendorf hat kürzlich zu einer Einwohnerversammlung eingeladen. Betriebsobmann Kettmann begrüßte die zahlreich Erschienenen.

Bürgermeister Gorbach, der seit Anfang Juli 1945 die Leitung der Stadt Ammendorf innehat, gab einen Einblick in die großen und vielseitigen Aufgaben, die heute ein Gemeindefeuer zu bewältigen hat. Eine vor-dringliche Aufgabe ist es z. B., die Verwaltung und Polizei von allen faschistischen und militaristischen Elementen zu säubern. In Ammendorf ist dies restlos erfolgt und somit die Voraussetzung für ein gesundes demokratisches Aufbaubarbeit gegeben. Durch die Errichtung eines Hilfskrankenhauses, das in den nächsten Tagen seiner Bestimmung übergeben werden wird, ist das so vordringliche Krankenhausproblem gelöst worden. Auch die Flüchtlings- und Umsiedler-Umbringung hat sich in Ammendorf glücklicherweise ohne Zwischenfälle, Verbindung und ständige Führungnahme mit der Einwohnerschaft zu gewährleisten, sind im Ein-

vernehmen mit den antifaschistischen Parteien und dem Antifa-Block Kommissionen und Ausschüsse gebildet worden, die verschiedene Spezialaufgaben, wie Wohnung und Walfahrtsfragen lösen helfen. Auch die Verbrauchergesellschaften sind wieder ins Leben gerufen worden.

Der Landrat des Saalkreises, Gen. Wollmann, führte zum Schluß der Versammlung aus: „Wir haben den Mut nie verloren und wollen auch in Zukunft versuchen, alle aufzubewahren Kräfte um uns zu scharren. Die Einwohnerschaft soll in allen Formen an öffentlichen Leben teilnehmen und mithelfen, alle Widerstände zu überwinden. Als fester Block der Arbeiterschaft werden wir es schaffen. Nie wieder sollen Reaktion und Kapitalismus zur Macht kommen. Nach den Lehren von Marx und Engels und eines Lenin versuchen wir zur wahren Volkdemokratie und zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu kommen.“ Mit dem gemeinsamen Lied „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“ schloß die Versammlung.

Jenny Marx Die Lebensgefährtin des großen Revolutionärs

„Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampf liegt, ist es nicht gleichgültig, was Geistes Kind die Frau ist, die an seiner Seite steht. Je nachdem kann sie eine Stütze und Förderin seiner Bestrebungen oder ein Bleigewicht und ein Hemmnis für denselben sein.“

So sagt August Bebel im ersten Band seiner Memoiren, und er fügt hinzu, daß er so glücklich in eine Frau der ersten Gattung zu haben.

Marx konnte sich desselben Glückes rühmen wie Bebel. Er hatte eine Frau an seiner Seite, die mit Hingebung seine Entbehrungen und mit Begeisterung seine Bestrebungen teilte. Nach allem, was die Nachwelt von dieser Frau erfährt, muß es ihm wie ein Glück empfunden worden sein, in ihrem Kreise zu wohnen. Jenny Marx war keine Proletarierin; von den Höhen der Gesellschaft kann sie, um ihr Leben an der Seite von Karl Marx in Verbannung und Not zu verbringen. Frau Marx entstammte einer östlichen Aristokratenfamilie - in weiblicher Linie von den Herzogen von Argilly - ihr Bruder war ein hoher Beamter; dennoch wurde sie die verständnisvolle und aufopfernde

Jenny Marx war aber nicht nur die Genossin, sie war auch die Gehilfin, die Sekretärin ihres Mannes. Sie schrieb neue Manuskripte für den Druck ab. Wie groß war das Elend, das diese außerordentliche Frau, die durch Klugheit, Schönheit und Hochherzigkeit ausgezeichnet war, zu ertragen hatte. Aber wenn sie noch so arm war, wenn sie mit ihren vier Kindern in einem kleinen Raum leben mußte, immer war sie gegen die Flüchtlinge, die von den reaktionären Regierungen ins Ausland getrieben wurden und die in London ihre Schritte in das Haus von Karl und Jenny Marx lenkten.

Wieviel schwerer noch hätte der große Mann an seinem Lebenswerk arbeiten müssen, wenn er nicht diese Frau gehabt hätte. Sie wachte über ihn und war bestrebt, ihm Widerwärtigkeiten aller Art fernzuhalten. Ohne daß er es wußte, war sie bemüht, die Not der kinderreichen Familie zu lindern. Nichts zeigt deutlicher die Standhaftigkeit dieser Frau als folgender Brief, der an einen Freund der Familie Marx gerichtet war. Frau Marx erzählt von den finanziellen Schwierigkeiten, wie alle Hilfsquellen versiegten, wie die „demokratischen Biedermänner“ denselben Marx, der sich ganz Vermögen in die „Neue Rheinische Zeitung“ gesteckt hatte, im Stich ließen. „Ich kam nach Frankfurt, um mein Silberzeug zu versetzen, das letzte, was wir hatten; in Köln ließ ich meine Möbel verkaufen ... Kaum in Paris eingewohnt, wieder vertrieben, mir selbst und meinen Kindern wird der längere Aufenthalt versagt. Ich folge ihm wieder übers Meer. Nach

einem Monat wird unser viertes Kind geboren ...“ Dann schildert Frau Marx einen Tag aus dem Leben, wie sie es Anfang in London durchgemacht. Sie war krank und hätte für das kleine Kind eine Amme gebraucht, sie konnte sie nicht bezahlen. Das Kind schwebt zwischen Leben und Tod, von heftigen Krämpfen gequält, ohne Schlaf. Da kommt die Pfändung ins Haus. Betten, Wäsche, Kleider, selbst die Wiege des Kindes werden mit Beschlag belegt. „In zwei Stunden drohten sie alles zu nehmen und ließen mich auf der flachen Erde mit meinen fröhlichen Kindern, mit meiner weinen Brust!“ Frau Marx sollte den Leidenbecher bis zur Neige leeren. Ein Freund wollte helfen, aber beim Abspringen von einem Wagen verunglückt er und wird Frau Marx blutend ins Haus gebracht.

Der Gedanke, daß die Familie des Mannes, der mit seinen wissenschaftlichen Leistungen eine ganze Welt in Aufruhr gebracht hat, solches Elend erdulden mußte, ist etwas Unfaßbares.

An ihrer Seite hatte Frau Marx eine ausgezeichnete Person, die verdient, mit Frau Marx genannt zu werden. Lenchen (L. m. u.), die als Bauerkind in das elterliche Haus von Frau Marx als Dienstmädchen gekommen war und ihr dann folgte, um alles Unglück mit ihr zu teilen, um ihr eine Stütze bei der Versorgung ihres Hauses und ihrer Kinder zu sein. Lenchen Demut hat die Familie Marx nie verlassen, sie war ein Durcheinander, ein Pfleger, Helfer und Freundin. Frau Marx hatte auch als Mutter viel Leid zu erdulden. Ihre beiden Knaben und ein Mädchen mußte sie dem Grabe übergeben. Aber drei ihrer Töchter wurden die Gattinnen von Sozialisten, woraus wohl auch zu schließen ist, wie die Erziehung der vier Kinder vor sich ging. Sie atmeten die Luft des

Sozialismus, den Geist der Internationalität. Als Frau Marx am 2. Dezember 1881 den Tod nachdenkte, hatte dieser keine Schrecken für sie.

Engels, der treue Freund der Familie Marx, sprach am Rand des Grabes: „Meine Freundin! Die hochherzige Frau, welche wir begrabten, ward 1814 zu Salzweide geboren. Ihr Vater, der Baron von Westphalen, wurde bald darauf als Regierungsrat nach Trier versetzt und befreundete sich dort innig mit der Familie Marx. Die Kinder wuchsen zusammen heran. Die beiden hochbegabten Naturen fanden sich. Jenny Marx hat die Schicksale, die Arbeiten, die Kämpfe ihres Mannes nicht bloß geteilt, sie hat daran mit dem höchsten Verständnis, der glühendsten Leidenschaft Anteil genommen ... Was eine solche Frau mit so scharfem kritischem Verstand, mit solch politischem Takt, mit solcher Energie und Leidenschaft des Charakters, mit solcher Hingabe für die Kampfgesellen in der Bewegung während fast vierzig Jahren geleistet, das hat sich nicht in die Öffentlichkeit vorgebracht, das steht nicht in den Annalen der zeitgenössischen Presse verzeichnet. Das muß man selbst mitteilen haben.“

Aber das weiß ich, wenn die Frauen der Kommune flüchtlinge noch oft ihrer gedanken werden, so werden wir anderen noch oft genug ihren kühnen und klugen Rat zu hören können, ohne Frauenrechtler zu werden. Ich habe etwas zu vergeben ... Wenn es je eine Frau gegeben, die ihr größtes Glück darin gesetzt hat, andere glücklich zu machen, so war es diese Frau.

Wenn das Proletariat Marx eine weltweites Gedenken widmet, dann soll es nicht geschehen, ohne auch von seiner bewährten und würdigen Lebens- und Kampfgefährtin zu sprechen.

Gefährtin des Begründers der internationalen Arbeiterbewegung: Von Land zu Land wurde an seiner Seite geteilt; die Frau, der man im elterlichen Hause Teppiche unter die Füße gebreitet, mußte ein Leben führen wie eine Proletarierin. Dem Mann, der sich in weiblicher Linie im vollsten Sinne des Wortes, Marx hatte so hohe Achtung vor dem Verständnis seiner Frau, daß er sie mit allen seinen Manuskripten bekanntmachte und auf ihr Urteil Wert legte.



Sicherung der Ernteerträge

Aufgaben des Landwirtschaftlichen Untersuchungsamtes

Wiederholte Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das der Provinzialverwaltung angeschlossene Landwirtschaftliche Untersuchungsamt in Halle (Saale) trotz kriegsbedingter Schwierigkeiten wieder voll arbeitet. Was es schon in normalen Zeiten Pflicht jedes verantwortungsbewußten Landwirts, nur einwandfreie Saatgut zur Aussaat zu bringen, so gilt dies besonders in Anbetracht unserer heutigen Ernährungslage. Ernteloses Saatgut entspricht einer Züchtung für hohe Ernteerträge. Deshalb sollte möglichst nur anerkanntes Saatgut

zumindest aber als Handelsaatgut zugelassenes Saatgut verwendet werden. Auch wirtschafts-eigenes Saatgut sollte stets — dies sei vor allem den Neubauern geraten — vorher auf seine Eignung zu Saatzwecken geprüft werden, denn die Verwendung von schlechtem Saatgut bedeutet doppelten Verlust: Gefährdung der Ernte und unnützer Arbeitsaufwand, Verlust des zur Aussaat ungeeigneten Saatgutes für die Ernährung.

Die Untersuchungen der Botanischen Abteilung erstrecken sich neben der Fest-

stellung der Grundeigenschaften der Saaten wie Reinheit, Keimfähigkeit, Feuchtigkeitsgehalt, auf die Wirkung, Düngemittel, Fungizid, Krautkrankheiten usw. Ein besonderes Laboratorium zur Echtheitsbestimmung gestattet innerhalb weniger Wochen die Prüfung bestimmter Sorteneigenschaften gewisser Kulturpflanzen.

In der chemischen Abteilung wird wertvoll die Wirkung, Düngemittel, Fungizid, Ernteprodukte sowie Wasser, Abwasser, Industriehäufigkeiten usw. untersucht. Die Feststellung des Nährstoffgehaltes und damit der Notwendigkeit zweckentsprechender Düngung unserer Ackerböden ist Aufgabe der Bodenabteilung. Es ist aus technischen Gründen zurzeit nicht möglich, die Bodenuntersuchungs-Sonderaktion, die im Zeichen der Bodenreform künftig eine besondere Rolle spielen dürfte, wieder anlaufen zu lassen. Dagegen ist es möglich, die Kalkbedürftigkeit der Böden in kurzer Zeit zu ermitteln und damit den Düngestoff zu bestimmen, der in vielen Fällen entscheidend die Nährstoffvorräte der Böden beeinflusst. Alle Anfragen und Einsendungen sind an nachstehende Anschrift zu richten: Landwirtschaftliches Untersuchungsamt (19) Halle (Saale), Gustav-Nachtigal-Str. 19.

Bekanntnis zur Einheitspartei

Wallhausen

Am 30. Januar, dem berühmten Jahrestag des Hitlerregimes, kamen die Mitglieder der SPD und KPD zu einer gemeinsamen Versammlung zusammen. Gen. Wedemeyer (SPD), der als Alterer der beiden Ortsvereine Vorsitzenden die Versammlung eröffnete, gab in seinem Referat über die Wege, die gegangen werden müssen, um zu einer Einheit beider Arbeiterparteien zu gelangen, in großen Zügen einen Überblick über die Zersplitterung und Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterklasse nach dem ersten Weltkrieg und die heutige politische Freiheit im demokratischen Deutschland. Weiter führte er aus, daß es heißt, jederzeit auf der Hut und wach zu sein vor der Reaktion, die sich einmal als bayerischer Föderalismus und zum anderen als rheinischer Separatismus der Öffentlichkeit zeigt, ganz abgesehen von der Strömung, die noch nicht zutage tritt.

Aus diesem Grunde müsse energisch ein Herausritt aller Genossen, besonders der Frauen, aus der Reserve gefordert werden; geht es doch heute um mehr, als nur um einen Zusammenstoß zwischen dem demokratischen Land, d. h. um unsere Familie, um unsere Heimat, um unser Volk. Gemeinsames Vertrauen und bedingungslose Aufrichtigkeit sowie eine ehrliche Zusammenarbeit seien die Grundpfeiler, auf denen das machtvolle Gebäude einer Einheit beider Klassen aufgebaut werden soll. Zum Schluß verlas Gen. Wedemeyer eine von Gen. Nebe (KPD) abgestimmte Resolution, in der der Wille zu einer einheitlichen Arbeiterpartei zum Ausdruck kam. Sämtliche Anwesenden stimmten einstimmig dieser Resolution zu.

Aus Der Parteiarbeit

Zscherndorf.

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins wurde durch den Vorsitzenden, Gen. Othma, eine feierliche Ehrung des Gen. Breilschmidt, der im KZ in der Basis ermordet wurde, abgehalten. Anschließend sprach der Referent über die Bildung der Einheitspartei und forderte alle Mitglieder des Ortsvereins auf, sich aktiv für die sofortige Herstellung dieser Einheitspartei zum Wohle des ganzen deutschen Volkes einzusetzen.

Stößen

In der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins gab Gen. Schorsch, Halle, einen ausführlichen Bericht über die dringende Schaffung der Einheitspartei. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. In einem Referat des Vorsitzenden wurde über den Neuaufbau im demokratischen Sinne gesprochen und besonders noch einmal darauf hingewiesen, daß der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien in möglichst kurzer Zeit zur Tatsache werden muß. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Tollwitz.

Der Ortsverein führte die Ehrung seiner Arbeiterpartei-Mitglieder aus. Der Vorsitzende durch die Rede des Vorsitzenden, Gen. Gieseler, stand ganz im Zeichen der kommenden Einheit der Arbeiterklasse. Ein Genosse der KPD überbrachte die Grüße und Glückwünsche für eine dauerhafte und gute Zusammenarbeit.

Grana.

In der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins gab Gen. Hühn einen Rückblick auf das verflossene arbeitgeberische Jahr. Anschließend sprach Genosse Hilpert über die kommende Bildung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse. Er betonte, daß eine gemeinsame Zusammenarbeit der beiden Parteien für die Zukunft eine dringende Notwendigkeit sei.

Berlin zu gemeinsamer Zusammenarbeit die Garantie zu sein gegen ein Wiederauftreten der reaktionären Elemente. Unsere Entschlossenheit zur Zusammenarbeit beruht auf der tiefen Erkenntnis, daß sie die Voraussetzung schafft für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und den Bestand des deutschen Volkes.

Alle für die Sicherung der Frühjahrbestellung

Der Präsident der Provinz Sachsen weist darauf hin, daß zur Sicherung der Frühjahrbestellung alle Bürgermeister und Vorsitzenden der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe persönlich dafür verantwortlich sind, daß die zur Frühjahrbestellung benötigten Instandsetzungsbedürftigen Maschinen, Geräte und Schlepper unverzüglich den Reparaturwerkstätten zur Wiederherstellung übergeben werden.

Außerdem sind alle Reparaturwerkstätten verpflichtet, die angelegerten zur Frühjahrbestellung notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Schlepper bis zum 15. März 1946 Instandzusetzen. Das Provinzialamt der Arbeit ist angewiesen, den Instandsetzungsbetrieben die noch fehlenden Arbeitskräfte zuzuführen.

Wedderleben eröffnet Konsumverkaufsstelle

Zweck der 'Versammlung' der Konsumgenossenschaft Wedderleben war, am Ort wieder eine Genossenschaftsverkaufsstelle einzurichten. Ein Vertreter der Genossenschaft in Aschersleben legte in ausführlicher Rede die Notwendigkeit und Vorteile der Einrichtung einer Verkaufsstelle dar, die die zahlreichen in der Genossenschaft tätigen Kunden befallig, daß sie diese Einrichtung begrüßen. Es wurde beschlossen, das Kolonialwarengeschäft Freist als Verkaufsstelle für die Konsumgenossenschaft vorläufig auf 5 Jahre zu pachten und Frau Siskowski mit der Leitung dieser Filiale zu betrauen. Die Eröffnung wird am 1. März stattfinden.

Zweitelltes ist diese Einrichtung ebenfalls ein Beitrag zur Schaffung der Einheit der Arbeiterpartei und ein Markstein auf dem Wege zum Endziel unserer Bewegung, zum Sozialismus. Es liegt nun an den Einwohnern des Ortes Wedderleben, sich das vor Augen zu führen und mit dazu beizutragen, daß die Genossenschaftsbewegung das werde, was die Leitung in Aschersleben und die heimische Behörde erwarten.

Einheitsausschufungtag in Bösau

Die Belegschaft des Brickelt- und Kärzwerkzeuges Hedwig in Bösau nahm Stellung zur Lage im Aufbau. Es wurden die Aufgaben der Gewerkschaft und der Betriebsräte in den Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und vor allem die beschleunigte Schaffung der Einheitspartei der Arbeiter besprochen. Der Betriebs-Einheitsausschuss der SPD und KPD richtete an alle Arbeiter des Werkes die Aufforderung, in Form von Arbeitsergebnissen ihre Meinung über die Einheit der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. Die Briefe sind an den Einheitsausschuss zu richten. Außerdem wurde die Beschleunigung der Errichtung des Belegschafts- und Jugendheimes gefordert, um für die Versammlung und die Jugendarbeit eine Unterkunft zu haben.

Sangerhausen. Der Antifaschistische Frauenausschuss hat in der Erkenntnis der wertvollen Bedeutung eine Erleichterung zu schaffen, ab sofort jeden Dienstag und Donnerstag von 17-19 Uhr im Mohnruchhof, Rasteder Straße soziale Beratungsstunden eingerichtet, und bittet die Bevölkerung, die in sozialen Fragen Auskunft benötigt, sich dieser Einrichtung zu bedienen. Die soziale Beratungsstelle befaßt sich mit allen sozialen Problemen von der Pflegermutter bis zur Rentenempfängerin, vom Kämpfer gegen den Faschismus bis zum Arbeits- oder Wohnungssuchenden.

Ortrand. Die Außenstelle des Amtes der Arbeit, Nebenstelle Rockwitz in Ortrand wurde am Freitag, dem 8. Februar 1946, wieder eröffnet. Sprechstunden finden dann an jedem folgenden Freitag in der Zeit von 9 bis 12 Uhr statt. Es ist somit ab sofort wieder möglich, die in Ortrand, Knebeln, Frauwalde, Großhimmig und Ortrand Gelegenheit gegeben, sich in allen Fragen Rat und Auskunft zu holen. Die festgesetzten Zeiten sind unbedingt einzuhalten.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

Geschrieben im Jahre 1909

5. Fortsetzung

Halblaut und etwas weicher sagte er: „Verzeih mir, ich kann nicht anders! Es geht nicht anders und ging fort.“

Drei Tage lang zitterte ihr Herz und stand jedesmal still, wenn sie daran dachte, daß fremde, schreckliche Leute in das Haus kommen würden. Es waren ja die Menschen, die dem Sohn den Weg gewiesen, den er ging. In Sonnabend übernahm sie die Leitung der Fabrik, wusch sich, kleidete sich um, ging wieder fort und sagte, ohne seine Mutter anzusehen:

„Wenn sie kommen, sag, daß ich gleich wieder da bin. Und bitte, hab keine Angst! Sie ließ sich kraftlos auf die Bank nieder. Der Sohn blickte sie finster an und schlug ihr vor:

„Vielleicht möchtest du ausgehen?“ Das beleidigte sie. Sie schüttelte den Kopf und sagte:

„Nein! Warum sollte ich?“

Es war Ende November. Am Tage war auf die gefrorene Erde trockener, feiner Schnee gefallen, und jetzt hörte man, wie er unter den Füßen des fortgehenden Sohnes knirschte. Gegen die Fensterstreben lehnte sich dicke, feindlich lauernde Finsternis. Die Mutter hatte die Hände auf die Bank gestützt, daß da, blickte auf die Tür und wartete.

Ihr war, als wenn in der Finsternis von allen Seiten seltsam gekleidete, böse Menschen vorsichtig in die Stube aus der Tür heranschlichen. Jetzt ging schon jemand um das Haus herum und tastete mit den Händen an der Wand entlang.

Man hörte einen Pfiff. Wie ein dünner Strom wand er sich schwermütig und melo-

Richtiges Brotgewicht?

Ein Kontrollgang mit der Preisüberwachung durch die Bäckereien

Hier, wiegen Sie doch gleich einmal mein Brot nach — ich habe es soeben gekauft!“ forderte eine Kundin im Bäckerdelen, als sie hörte, daß Beamte der Preisüberwachung zur Brotkontrolle eingetreten waren. Prompt wurde ihr Wunsch erfüllt, nachdem sich die Beamten vergewissert hatten, daß es sich auch um ein frisches und nicht um ein „gestriges“ Brot handelte.

„Da — sehen Sie, Meister!“ sagte einer der Beamten, „das Brot wiegt 50 Gramm zu wenig. Das geht nicht — —“. Und schon legte er ein zweites und drittes Brot auf die Waagschale, die ein Untergewicht von 20 und 35 Gramm aufwies. Der Meister kratzte sich hinter dem Ohr und meinte: „Ja — ich habe richtig den Teig abgewogen, aber der Ofen habe daran keine Schuld!“

Gerade diese Brotsaubere erfordert eine besonders sorgfältige und strenge Kontrolle der Brotgewichte und der Brotqualität. Auch auf diese Art der Preisüberwachung zu achten. Altes Brot weist dagegen stets einen natürlichen Schwund auf, der sich weder vermeiden läßt, noch strafbar ist. Wenn aber, wie im vorliegenden Falle, an frischem Brot — zehn Brote müssen wenigstens gewichtsmäßig nach dem Untergewicht von 30, 20 und gar 80 Gramm an einem Brot auftreten und sich ein Durchschnittspräzentsatz von mehr als 3 Prozent ergibt, hat sich der Bäcker strafbar gemacht.

Keineswegs konnten in vielen Bäckereien solche Zustände festgestellt werden. Bei dem ersten Kontrollgang mit der Waage wurde nicht bei einem anderen war die Waage ungeeignet und schließlich mußte in einem weiteren Falle die Preisliste im Schaufenster bestanden werden, da sie noch einen Brotpreis von 47 Pfennigen anstatt 42 Pfennigen auswies. Bei einem Bäcker fanden sich sogar Brötchen vor, deren Herstellung im Verkauf verboten ist, aber es konnte nachgewiesen werden, daß der Kunde dafür das nötige Mehl aus eigenem Bestand gebracht hatte.

Es war bei diesem Kontrollgang durch die Bäckereien bemerkenswert, daß bei dem einen und anderen Bäcker sogar Brote ausgewogen wurden, die das volle Gewicht und sogar manche ein Übergewicht auswiesen. Daraus ergibt sich, daß die gestellte Forderung nach richtigem Brotgewicht durchaus erfüllbar ist.

Der Verbraucher kann gewiß sein, daß durch solche regelmäßigen Kontrollen in unbestimmten Zeitschnitten seitens der Preisüberwachung alles getan wird, um ihm das richtige Brotgewicht zu garantieren, aber er muß auch sich durch Nachwiegen frischer Brote — entweder zu Hause oder im Bäckerdelen — eine solche Kontrolle ausüben.

Braunkohlenbergwerk für Einheit

Gemeinsame Betriebsgruppenversammlung im Werk Profen

Die stark besetzte erste offizielle Betriebsgruppenversammlung der beiden Arbeiterparteien war im wahrsten Sinne des Wortes vom Geiste der Einheit getragen. Im Vordergrund der Versammlung stand die veränderte Lage in der Betriebsleitung. Die Frage war, ob an Stelle des verstorbenen Betriebsleiters ein faschistischer Akademiker sitzen oder soll nun die Gelegenheit wahrgenommen werden, um endlich eine antifaschistische Betriebsleitung einzusetzen, wie sie sich die Werktätigen schon lang wünschen.

Ein Antifaschistischer Ingenieur, der sich bereit erklärte, die Verantwortung für den großen Betrieb von über 1700 Arbeitern und Angestellten zu übernehmen, und die beiden Betriebsratsvorsitzenden wurden von der Versammlung einstimmig mit der Leitung des Bergwerkes Profen mit allen dazu gehörenden Werkzeugen betraut.

Die stark besetzte erste offizielle Betriebsgruppenversammlung der beiden Arbeiterparteien war im wahrsten Sinne des Wortes vom Geiste der Einheit getragen. Im Vordergrund der Versammlung stand die veränderte Lage in der Betriebsleitung. Die Frage war, ob an Stelle des verstorbenen Betriebsleiters ein faschistischer Akademiker sitzen oder soll nun die Gelegenheit wahrgenommen werden, um endlich eine antifaschistische Betriebsleitung einzusetzen, wie sie sich die Werktätigen schon lang wünschen.

Ein Antifaschistischer Ingenieur, der sich bereit erklärte, die Verantwortung für den großen Betrieb von über 1700 Arbeitern und Angestellten zu übernehmen, und die beiden Betriebsratsvorsitzenden wurden von der Versammlung einstimmig mit der Leitung des Bergwerkes Profen mit allen dazu gehörenden Werkzeugen betraut.

„Guten Abend.“

„Ist Pawel nicht zu Hause?“

Der Mensch zog langsam seine kurze Pelzjacke aus, hob einen Fuß hoch, klopfte mit der Mütze den Schnee vom Stiefel, tat dann dasselbe mit dem anderen Fuß, warf die Mütze in die Ecke und trat sich auf seinen langen Beinen wiegend ins Zimmer. Er ging zu einem Stuhl, besah ihn, als wollte er sich von der Tragfähigkeit überzeugen, setzte sich endlich, bedeckte den Mund mit der Hand und gähnte. Sein Kopf war regelmäßig rund und glattschorenen, die Wangen rasiert, und der lange Schnurrbart hing nach unten. Er betrachtete das Zimmer aufmerksam mit seinen großen, grauen, vorstehenden Augen, schlug dann ein Bein über das andere, schaukelte auf dem Stuhl hin und her und fragte:

„Ja, das ihr Haus, oder wohnen Sie zur Miete?“

Die Mutter setzte sich ihm gegenüber und antwortete:

„Wir wohnen zur Miete.“

„Seh' wohlartig ist die Bude nicht!“ bemerkte er.

„Pawel kommt bald, Sie können warten!“ lud die Mutter ihn ein.

„Ja, ich warte!“ sagte der lange Mensch ruhig.

Seine Ruhe, die weiche Stimme und sein

lächelte so breit, daß seine Ohren bis zum Scheitel reichten. Dann sprach er ernst:

„Bist du nicht?“

„Ihre Aussprache kommt mir nicht ganz russisch vor!“ erklärte die Mutter lächelnd.

„Sie ist besser als die russische!“ meinte der Gast, vernagelt den Kopf wiegend. „Ich bin ein Kleinruss, aus Kanew.“

„Sind Sie schon lange hier?“

„Ich habe ungefähr ein Jahr in der Stadt gelebt... bin aber jetzt vor einem Monat in eure Fabrik gegangen. Habe hier gute Menschen gefunden — Ihren Sohn und andere. Hier will ich mich länger aufhalten!“ sagte er, seinen Schnurrbart zausend.

Er gefiel ihr. Sie empfand den Wunsch, ihm seine Bemerkung über den Sohn mit etwas zu vergelten und machte ihm den Vorschlag:

„Vielleicht trinken Sie ein Gläschen Tee?“

„Doch nicht, ich allein!“ erwiderte er abschreckend. „Wenn alle da sind, dann können Sie uns bewirten.“

Sie mußte an ihre Furcht denken.

„Wenn doch alle so wären wie dieser!“ wünschte sie in ihrem Innern.

Wieder ertönten Schritte im Flur, die Tür wurde schnell geöffnet. Die Mutter stand auf. Zu ihrem Erstaunen trat ein Mädchen von mittlerem Wuchs, mit dem schlichten Gesicht einer Bäuerin und einem dicken, hellen Zopf in die Küche. Sie fragte leise:

„Komme ich nicht zu spät?“

„Keine Sorgen, erwiderte der Kleinruss, aus dem Zimmer guckend. „Kommen Sie zu Fuß?“

„Natürlich! Sind Sie Pawels Mutter? Guten Tag! Ich heiße Natasa...“

„Und ihr Vatername?“ fragte die Mutter.

„Wassiljowa... und wie heißen Sie?“

„Pelageja Nilowna.“

„Nun, da hätten wir uns also vorgestellt.“

(Fortsetzung folgt.)

